

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donnerst-  
tag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die Klein-  
zeile 10 Pf.

**Abonnement**  
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.  
Illustr. Unterhaltl.) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

39. Jahrgang.

Nr. 96.

Dienstag, den 16. August

1892.

Wegen Reinigung der Dienstlocalitäten kann bei der unterzeichneten Königl. lichen Amtshauptmannschaft

### Freitag und Sonnabend, den 19. und 20. dieses Monats

nur in dringlichen Sachen expedirt werden.

Schwarzenberg, am 5. August 1882.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
Fehr. v. Wirsing.

### Bekanntmachung.

Am 15. August ist der 3. Termin der städtischen Abgaben für 1892 fällig. Es wird zu dessen Bezahlung mit dem Bemerken aufgefodert, daß nach Ablauf der zehnjährigen Zahlungsfrist ohne vorherige Erinnerung das Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet werden wird.

Ferner wird an die Entrichtung der rückständigen Grundsteuer auf den 2. Termin 1892 nochmals erinnert.

Eibenstock, am 11. August 1892.

Der Stadtrath.

Dr. Körner.

Bj.

### Frankreich und der Congostaat.

Vor etwa vier Wochen brachte ein englisches Blatt die Mittheilung, daß an der Nordgrenze des Congo- staates ein französischer Offizier, Namens Poumayrac, von Arabern überfallen und ermordet worden sei. Aus der Angabe der Gegend glaubten die Franzosen entnehmen zu müssen, daß die That sich auf dem Gebiete des „unabhängigen Congo- staates“ abgespielt habe und dieser mithin verantwortlich sei. Die Regierung des Congo- staates, die bekanntlich in Brüssel residirt, behauptet dagegen, daß die bezeichnete Gegend nicht zu ihrem Gebiete gehört, und in Wirklichkeit sind die Grenzbestimmungen der Berliner Congoacte über dieses Land unsicher.

Obwohl nun noch kein offizieller Bericht über die Ermordung Poumayrac eingetroffen ist und nach Lage der Dinge auch vor Ablauf mehrerer Monate kaum eintreffen kann, zeigen sich die Machthaber an der Seine dem schwachen Congo- staat gegenüber von einer Nervosität, die einen tieferliegenden Grund haben muß, als den angegebenen. Der Congo- staat nimmt sich ja auf der Landkarte recht stattlich aus, existirt in Wirklichkeit nur auf der Karte; denn obwohl König Leopold von Belgien sein ganzes schönes Privat- Vermögen in diese neue Staatenbildung gesteckt und obwohl der belgische Staat selbst schon beträchtliche Zuschüsse geleistet hat, ist es heute doch fraglich, ob dieser europäische Besitz auf die Dauer aufrecht erhalten werden kann. Im Innern des Landes, am oberen Congo, besinnen sich die arabischen Sklaven- jäger auf ihre Stärke, zetteln Aufstände gegen die Handvoll Regierungstruppen an und zerstören, was die europäische Kultur unter unfähigen Mäßen und Opfern geschaffen hat.

Solchergehalt reicht die Gewalt der Congo- Regierung, die Tausende von Meilen entfernt in Brüssel am grünen Tische sitzt, nicht weit und es ist geradezu lächerlich, sie für einen Vorfall verantwortlich machen zu wollen, der sich weit, weit im Innern des schwarzen Erdtheils an den Grenzen der unendlichen Wüste abgespielt hat. Unter gewöhnlichen Umständen würde man von beiden Seiten zunächst autbentische Nachrichten abgewartet haben und dann in aller Ruhe und Besonnenheit nach stattgehabtem Verhör etwaige Schuldige zur Verantwortung gezogen und bestraft haben. Hier aber handelt es sich um ganz andere Dinge. Es herrscht, wie bemerkt, bezüglich einzelner Strecken der Nordgrenze des Congo- staates keine- wegs Klarheit und im Wortlaut der verschiedenen Abmachungen des Congo- staates mit den angrenzenden Mächten. Es kommt wiederholt das Wort „noch zu bestimmende Punkte“ vor. Demnach sind noch mancherlei Abänderungen zulässig. Betreffs des Ortes, wo die Ermordung Poumayrac statt- fand, haben aber sicherlich beide Mächte noch kein Besitzrecht erworben; beide möchten es aber erwerben, und so kommt die gegenseitige Eifersucht stark mit ins Spiel.

Nichts konnte daher Frankreich erwünschter kommen als der eben erwähnte Zwischenfall, und längst erwachter Groll kam endlich zum Ausbruch. Auf Seite Belgiens hat man den Vorschlag gemacht, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Frankreich geht hierauf nicht ein. Nicht weil die Re- publik fürchtet, sich dabei einem ungünstigen Spruch unterwerfen zu müssen. Frankreich verfolgt am Congo eine Politik, die sich weitere Ziele gesteckt

hat, wie die Erwerbung verhältnißmäßig kleiner Ge- biete. Frankreich spekulirt zweifellos auf den ganzen Congo- staat. Die französische Politik muß daher, dies Ziel im Auge, ihr Möglichstes thun, Belgien Ungelegenheiten zu bereiten. Hier ist ein Anlaß gegeben, den sich Frankreich nicht so ohne weiteres entgehen lassen wird. Das Verhältniß Belgiens zum Congo- staate ist ein noch ganz unentschiedenes und die Adeptirung dieses Schmerzenskindes des Königs Leopold durch den belgischen Staat noch keineswegs sichergestellt; die Möglichkeit, daß das Land sich weigern könnte, den Congo- staat zu über- nehmen, ist nicht ausgeschlossen, umsoweniger, wenn dem Lande schon jetzt solche Unannehmlichkeiten be- reitet werden. Kein anderes Land wie Frankreich wäre dann der Erbe; hat es doch, wie bekannt, das Vorkaufrecht.

Alle diese Erwägungen begründen aber immer noch nicht die maßlos drohende Sprache der franzö- sischen Presse gegen Belgien. Die französischen Zeitungen überbieten einander in Beleidigungen des Königs Leopold, sie sprechen von diplomatischer Ge- nugthuung und von Ultimatum. Wenn das auch nicht so ernst zu nehmen ist, wie es aussieht, so hat das doch seine bedenklichen Seiten; es entspringt der Sucht der Franzosen, das verlorene gegangene Ansehen wiederzugewinnen, und kann nur dazu bei- tragen, allgemeine Beunruhigung hervorzurufen.

Den Franzosenfreunden in Belgien geschieht da- mit schon recht; sie dürften durch die Rücksichtslosig- keit Frankreichs von ihrer krankhaften Sympathie für dieses Land geheilt werden.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Ueber das Berliner Welt- ausstellungsprojekt ist nunmehr die Entscheidung gefallen und zwar in verneinendem Sinne. Der „Reichs- und Staats- Anzeiger“ bringt in seiner neuesten Nummer folgende Mittheilung:

„In Sachen der Berliner Weltausstellung ist die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers von dem Reichskanzler durch nachfolgenden Bericht erbeten worden:

Die Eurec Majestät aus meinem allerunterthänigsten Vor- trage bekannt ist, sind die Bundesregierungen um eine Aeußer- ung darüber erucht worden, welchen Standpunkt sie dem Pro- jekt einer Berliner Weltausstellung gegenüber einnehmen und welche Ansichten in der Industrie über die Zweckmäßigkeit einer derartigen Ausstellung bestehen.

Die nunmehr eingegangenen Antworten lassen erkennen, daß die inländische Industrie nur zu ihrem geringeren Theile eine solche Ausstellung für wünschenswerth erachtet. Die über- wiegende Mehrzahl der deutschen Industriellen, vor allem auch aus dem Bereiche der Groß-Industrie, steht dem Unternehmen, wo nicht entschieden ablehnend, so doch durchaus kühl gegen- über und glaubt sich einen nennenswerthen Erfolg für die Erweiterung unserer Handelsbeziehungen davon nicht versprechen zu können. Wirtschaftliche Gründe, welche auf die Veranstat- tung der Ausstellung hindrängten, liegen nach ihrer Ansicht nicht vor. Allerdings hat sich auch in diesen Kreisen eine große Zahl von Industriellen mit anerkannter Sachkenntnis Hin- gebung bereit erklärt, zu dem Gelingen der Ausstellung nach Kräften beizutragen, falls es aus anderen als rein wirtschaft- lichen Gründen zu derselben kommen sollte. Aber überall und auch dort, wo das Unternehmen warme Befürwortung ge- funden hat, ist der Voraussetzung Ausdruck gegeben, daß der Industrie nicht zu hohe Opfer würden angefohlen werden und daß daher nicht nur die gesammten allgemeinen Kosten des Unternehmens aus öffentlichen Mitteln bestritten, sondern auch denjenigen Industriellen, welchen die selbstständige Aufbringung der aus ihrer Betheiligung erwachsenden Kosten schwer fallen würde, Beihilfen von Seiten des Reichs oder der Einzelstaaten gewährt werden müßten. Die Bundesregierungen haben davon

ausgehend, daß die Frage frei von allen politischen Erwägungen nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten beantwortet werden könne, in ganz überwiegender Zahl das wirtschaftliche Be- dürfnis zu einer Ausstellung verneint. Insbesondere hat auch Preußen, dessen Urtheil schon deshalb, weil in seiner Haupt- stadt die Ausstellung stattfinden müßte, besonderes Gewicht beansprucht, sich gegen dieselbe ausgesprochen. Im Großen und Ganzen schließt die Beurtheilung der Bundesregierungen derjenigen der industriellen Kreise sich an. Wenn man das Ergebnis nach der Zahl der Stimmen zusammenfaßt, welche den Regierungen verfassungsmäßig im Bundesrathe zustehen, so sind 40 Stimmen „gegen“ und 7 Stimmen „für“ die Aus- stellung abgegeben, während 11 Stimmen unentschieden lauten.

Eine erfolgreiche Durchführung des Unternehmens hat die allgemeine und einmüthige Ueberzeugung von dem Nutzen des- selben für die deutsche Industrie und das oberwillinge Zusammen- wirken aller betheiligten Kreise zur unbedingten Voraussetzung. Da beides fehlt, so muß ich von einem Eintreten des Reiches absehen.

Eurec Majestät bitte ich ehrfurchtsvoll, zu einer entsprechen- den Kundgebung mich Allergnädigst ermächtigen zu wollen.

Seine Majestät der Kaiser hat auf Grund dieses Berichts dahin entschieden, daß dem Plane einer Weltausstellung in Berlin von Reichswegen nicht näher zu treten sei.“

— Hosprediger Stöcker richtet an seine Freunde und Parteigenossen ein Schreiben, in dem es heißt: Der Antisemitismus ist einerseits zu einer ge- waltigen und leidenschaftlichen Bewegung angewachsen, so daß das konservative Maß dafür nicht mehr auszureichen scheint; andererseits ist er durch einige Ereignisse der letzten Zeit für die politische Arbeit schwieriger geworden. Der Ausgang des Prozesses Buschoff steht hier in erster Linie. Freilich haben die Judenblätter durch ihr Wuthgeschrei und Sieges- geheul Alles gethan, um die für das Judenthum etwa günstigen Momente der Verhandlungen auszutilgen. Aber der staunenswerthe Muth, mit welchem der po- litische Liberalismus, natürlich voran Herr von Gneist, und die kirchliche Freigeisterei durch einige protestan- tenvereintliche Geistliche geführt, die Sammlungen für Buschoff unterstützen, beweist doch klar, daß jener Prozeß geeignet ist, auch in deutschen Kreisen Ir- thum und Verblendung hervorzurufen. So mancher deutsche Christ ist unschuldig verhaftet, sogar verur- theilt gewesen und hat jahrelang im Zuchthaus ge- sessen. Wo waren in solchen Fällen die liberalen Parlamentarier und Geistlichen? Sie dachten nicht an Sammlungen für die Beschädigten. Aber hier, wo ein jüdischer Schächter in Frage steht, da regt sich in dem liberalen deutschen Michel die ganze Begeister- ung, deren er fähig ist. Wäre es nicht zum Weinen, so könnte man darüber lachen. Daß die Regierung selbst an die Lösung der Judenfrage herantrete, wäre das Richtige. Sie würde alle verlorene Autorität auf einmal wiedergewinnen und dem Volksgefühl ge- nug thun. Daß sie bisher in dieser brennenden An- gelegenheit so gut wie nichts gethan hat, ist des jungen Reiches Unglück, es hat in Hessen und an anderen Orten geradezu zu einer politischen Katastrophe ge- führt. In diesen Gegenden ist der Haß gegen die Juden in den Volksmassen der herrschende politische Instinkt, vor dem selbst der Christliche und patriotische Sinn, der dort in hohem Maße vorhanden ist, zurück- tritt. Welche Fehler, so frage ich mich oft, müssen gemacht sein, daß das geschehen konnte? Von Seiten der Regierung ist nun auch in Zukunft nichts zu er- warten. So bleibt denn nur der Ausweg, daß die wahrhaft deutschen Parteien, voran die deutsch- konser- vative, ein festes Programm aufstellen und dem christ- lichen Charakter des deutschen Volkes wieder zu seinem Rechte verhelfen. Alles Gerede von der Schmach des